

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 7/2012, 28. Juni 2012

**Liebe Freunde, liebe Bürger und Bürgerinnen,**

langsam aber sicher bewegt sich etwas in Europa.

Griechenland hat sich für Europa ausgesprochen und gegen radikale Strömungen und Nationalismus entschieden. Ein deutliches Signal für das europäische Projekt.

Frankreich bewegt sich wieder auf Europakurs und setzt sich mit François Hollande für das Wohlergehen der Menschen und echte Reformen hin zu einem Europäischen Wachstumspakt und die Regulierung der Finanzmärkte ein.

Auch die SPD hat auf ihrem Parteikonvent Position bezogen: für Wachstum und Solidarität über Nationengrenzen hinweg, für ein geeintes Europa und gegen einen Rückfall in nationalistische Denkmuster, im völligen Gegensatz zur Entscheidung der Innenminister, die wieder Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen einführen wollen.

Schlagbäume gehören aber nicht an unsere Grenzen, sondern allenfalls ins Museum, als Mahnmale einer Zeit der Unfreiheit für die Bürger und Bürgerinnen in Europa.

Doch, ich spüre, wir sind auf einem guten Weg: dem Weg zu Solidarität und Gerechtigkeit.

Herzliche Grüße

Ihre

Evelyne Gebhardt



Evelyne Gebhardt beim Fachgespräch zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und der Antwort auf den Fachkräftemangel der SPD Baden-Baden. Mit dabei waren außerdem Petar Drakul vom Integrationsministerium und Alfons Moritz, Geschäftsbereichsleiter Aus- und Weiterbildung der IHK Karlsruhe.

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Kontrollen an EU-Binnengrenzen

Seite 2

- Binnenmarktakte
- Abschiedsgruß von Moritz Kempffel
- Jugendinitiative im Beschäftigungsausschuss

Seite 3

- Ratingagenturen
- Termine

Seite 4

- Neues aus Europa
- Impressum

Lasst die Grenzen offen!**Evelyne Gebhardt stimmt gegen den Vorschlag zur Wiedereinführung von Kontrollen an den EU-Binnengrenzen**

„Einen gefährlichen Unfug“, nennt die Hohenloher Europaabgeordnete das Vorhaben der Innenminister der Europäischen Union wieder Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der EU einführen zu wollen. „Der grenzfreie Personenverkehr, eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union, um die uns die ganze Welt beneidet, soll ohne Not preisgegeben werden.“ Entschlossen senkte sie deshalb den Daumen, als im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments über den Vorschlag einer solchen Verordnung abgestimmt wur-



de.

„Nationale Regierungen missbrauchen Flüchtlinge lediglich als Argument dafür die Binnengrenzen wieder zu schließen“, empört sich Evelyne Gebhardt. „Dabei ist die Zahl der Flüchtlinge nach den Umwälzungen in den nordafrikanischen Ländern längst wieder abgeebbt. Wir sollten unsere Außengrenzen lieber gemeinsam sichern und uns bei der Aufnahme von Flüchtlingen solidarisch zeigen.“ Die So-

zialdemokratin wendet sich damit entschieden gegen die Pläne nationaler Regierungen, die offenbaren, dass die Schwierigkeiten Europas auch Ausdruck einer Führungskrise sind.

„Gerade jetzt bräuchte Europa echte Staatsmänner und -frauen mit Visionen“, so Gebhardt. „Stattdessen werden wir von nationalem Kleinmut regiert, der sich nicht schämt in Europa wieder Schlagbäume errichten zu wollen.“■

Der europäische Binnenmarkt muss sozialer werden

Mit der Entschließung zur Binnenmarktakte hat das Europäische Parlament in Straßburg seine Forderungen an die Europäische Kommission zum zweiten Teil der Binnenmarktakte konkretisiert.

„Der europäische Binnenmarkt kann ausschlaggebend für eine erfolgreiche Wachstumsstrategie für die Europäische Union sein. Das Hauptaugenmerk muss dabei auf einen gesamtheitlichen Ansatz gelegt werden. Nur mit einer sozialen Marktwirtschaft – mit Betonung auf sozial – mit fairen Arbeitsbedingungen und einer qualitativvollen Daseinsvorsorge kann der Binnenmarkt sein wirkliches Potenzial entfalten. Auch die von den Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen immer wieder geforderte Sozialklausel muss endlich in alle Regelungen, die den Binnenmarkt betreffen, Eingang finden“, betonte Evelyne Gebhardt.

„Der Binnenmarkt hat seit seiner Gründung vor 20 Jahren viele positive Aspekte hervorgebracht, wie den freien Waren- und Personenverkehr. Diese müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch als euro-

päische Errungenschaften vermittelt werden“, erklärte Evelyne Gebhardt weiter.

„Die Entschließung macht deutlich, wie groß das Potenzial des europäischen Binnenmarktes ist. Er kann tatsächlich einen wichtigen Beitrag für einen Wachstumspakt bedeuten. Es ist allerdings keine Zeit mehr zum Reden schwingen“, forderte die Sprecherin für die sozialdemokratische Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz abschließend.

Hintergrund:

Zur Neubelebung des Binnenmarktes hat die Europäische Kommission im April 2011 zwölf Hebel für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Fortschritt vorgelegt. In Planung sind weitere zwölf legislative und nicht-legislative Maßnahmen, die die Kommission im Oktober dieses Jahres vorlegen will. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament verweisen hierbei vor allem auf die Berücksichtigung der sozialen Dimension, die bisher nicht genügend beachtet wurde.■

In eigener Sache

Abschiedsgruß von Moritz Kemppe, der das Europabüro in Richtung Zentralasien verlässt. Neuer Büroleiter wird Frederick Wunderle aus Bad Mergentheim.

Nach eineinhalb Jahren werde ich das Europabüro verlassen und meiner Partnerin, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig ist, nach Kirgisistan folgen. Dort habe ich bereits vor meiner Zeit als Büroleiter von Evelyne Gebhardt einige Monate gelebt und an der Kirgisisch-Russischen Universität Deutsch unterrichtet. Nun zieht es mich dorthin zurück.

Ich möchte mich bei Evelyne, den Kollegen und Kolleginnen und Allen mit denen ich zusammenarbeiten durfte, herzlich für die letzten eineinhalb Jahre bedanken. Meinem Nachfolger Frederick Wunderle wünsche ich alles Gute und eine Erfolgreiche Zeit in Künzelsau. Ich habe wertvolle Erfahrungen gemacht, viel gelernt und gesehen und nicht zuletzt viele großartige Menschen kennen und schätzen gelernt und kann mit Freude sagen, dass ich neue Freunde und Freundinnen gewonnen habe.

Ihnen Allen, liebe Leser und Leserinnen des Europa Aktuell möchte ich ebenfalls alles Gute wünschen und mich für Ihr Interesse und die Rückmeldungen bedanken, bleiben Sie Europa verbunden und helfen Sie mit, dieses großartige Projekt voranzubringen.

Herzliche Grüße

Ihr

Moritz Kemppe

Initialzündung für Wachstum und Beschäftigung

Sozialdemokraten setzen Jugendinitiative durch

In der Förderperiode ab 2014 soll es ein neues Programm geben, das fokussiert die soziale Eingliederung und Beschäftigung vorantreibt. Mit deutlicher Mehrheit hat der Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments das von der EU-Kommission vorgeschlagene Programm für sozialen Wandel und Innovation (PSCI) verabschiedet. Es fasst die drei schon bestehenden Teilprogramme

Progress, EURES und Mikrofinanzierung zusammen. Auf Initiative der SPD-Europaabgeordneten und Berichterstatterin Jutta Steinruck hat der Beschäftigungsausschuss das Programm noch um einen Schwerpunkt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erweitert. „Die Mitgliedstaaten können nun demonstrieren, dass es ihnen mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ernst ist, indem





sie zusätzliche Finanzmittel für das Programm frei machen. Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei", stellt die Sozialexpertin klar.

„Wir brauchen kein Programm für den sozialen Wandel, wie die Kommission vorgeschlagen hat, sondern ein Programm für sozialen Fortschritt“, so Jutta Steinruck. Der Beschäftigungsausschuss hat deshalb auf ihren Vorschlag hin nicht nur den Titel sondern auch die gesamte Struktur des Kommissionsvorschlags geändert. „Qualitative Beschäftigung, Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung stehen nun im Mittelpunkt. Darüber hinaus fordern wir die Einbindung der Sozialpartner und anderer Interessengruppen während der gesamten Laufzeit des Programms.“

Neben der Mikrofinanzierung für Kleinunternehmer soll in Zukunft auch der Zugang zu Kapital für soziale Unternehmen erleichtert werden. „Die Sozialwirtschaft ist einer der großen Wirtschaftsbereiche in Deutschland. Allein in den Betrieben der anerkannten Wohlfahrtspflege arbeiten hauptberuflich rund 1,5 Millionen Menschen. Das Europäische Parlament

hat sich klar für die Sozialwirtschaft als Zukunftsbranche ausgesprochen“, freut sich Jutta Steinruck über das Ergebnis der Abstimmung.

Dem Kommissionsvorschlag, die Förderung von EURES-Grenzpartnerschaften zur Beratung von mobilen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausschließlich durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) zu finanzieren, hat der Beschäftigungsausschuss eine deutliche Absage erteilt. „Würden die Grenzpartnerschaften allein über den ESF finanziert, müssten alle beteiligten Mitgliedstaaten jeweils einzeln Fördermittel beantragen. Fällt ein Mitgliedstaat aus, kann dies schnell das Ende des Projekts bedeuten“, warnt Jutta Steinruck. Die Europaabgeordneten haben deshalb die sozialdemokratische Forderung nach einer Finanzierung im Rahmen des neuen Programms unterstützt.

In den kommenden Monaten wird das EU-Parlament nun mit dem Ministerrat, der seine Position ebenfalls verabschiedet hat, über die Ausgestaltung des Programms verhandeln. ■

Ratingagenturen in ihre Schranken weisen

Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments verschärft Regulierungsvorschlag zu Ratingagenturen

Ratingagenturen sollen in Zukunft schärferen Regeln unterliegen. Der Wirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament sprach sich in einer Abstimmung mit einer klaren Mehrheit für eine weitgehende Verschärfung des EU-Kommissionsvorschlags zur Regulierung von Ratingagenturen aus.

„Das Treiben der Ratingagenturen in den vergangenen Jahren und Monaten war weder transparent noch nachvollziehbar. Die Vergabe höchster Bonitätsstufen an Pleitebanken oder die hektische Herabstufung von Eurostaaten haben die Krise weiter befeuert. Eine Reform und strengere Regulierung des Ratingmarktes ist längst überfällig“, erklärte Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten.

Um der besonderen Situation von Länder-Ratings Rechnung zu tragen, legt der

Parlamentskompromiss Ratingagenturen daher einen strengen Zeitplan auf: In Zukunft muss eine Ratingagentur jeweils am Ende eines Jahres für die darauffolgenden zwölf Monate die Zeitpunkte festlegen, an denen sie beabsichtigt, Staatsschulden-Ratings zu veröffentlichen. „Auffällig oft haben Ratingagenturen in der Vergangenheit mit unangekündigten und kurzfristigen Länder-Ratings in die politische Agenda eingegriffen, Marktunbulenzen vor wichtigen Gipfelentscheidungen provoziert und damit versucht, selber Politik zu betreiben. Es ist daher höchste Zeit, Ratingagenturen in ihre Schranken zu weisen“, betonte Udo Bullmann.

Auch um Interessenkonflikte zu vermeiden, gehen die Abgeordneten über den Kommissionsvorschlag hinaus. So dürfen Unternehmen oder Finanzinstitute künftig keine Ratingagenturen beauftragen, an denen sie mit mehr als zwei Prozent be-

TERMINE

■ 29. Juni 2012, 15.00 Uhr

Was? Regionalkonferenz, Frauen in der Kommunalpolitik

Wo? Altes Schlachthaus, Haalstraße 9, Schwäbisch Hall

■ 30. Juni 2012, 14.00 Uhr

Was? EUROPAFEST

Wo? Keltergasse 47, Künzelsau

■ 5. Juli 2012, 19.30 Uhr

Was? Podiumsdiskussion zur EU-Agrarpolitik mit Ulrike Rodust

Wo? Schrozberg, Kultursaal im Schloss

■ 6. Juli 2012, 18.00 Uhr

Was? Eröffnung Ausstellung zur deutsch-französischen Freundschaft

Wo? Theodor-Heuss Museum, Obertorstraße 27, Brackenheim

■ 8. Juli 2012, 12.00 Uhr

Was? Eröffnung des 3. Hohenloher Weltkinderfestes

Wo? Gelände der Evang. Jugendhilfe Friedenshort im Cappelrain, Öhringen

■ 14. Juli 2012, 18.00 Uhr

Was? Festrede zum 10-jährigen Partnerschaftsjubiläum "Brettheim - Chatte"

Wo? Brettheim, Turnhalle und Festzelt

■ 18. Juli 2012, 10.15 Uhr

Was? Gespräch mit Studenten der PH Ludwigsburg

Wo? Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

■ 24. Juli 2012, 18.00 Uhr

Was? Eschentaler Kreis mit Annette Sawade MdB

Wo? Landhotel Krone, Kupferzell-Eschental



teiligt sind oder sich in einer Position befinden, in der sie signifikanten Einfluss auf die Geschäftstätigkeiten der Agentur ausüben können. Zudem sollen die Einführung einer Rotationspflicht sowie ein Fusionsverbot zu mehr Wettbewerb führen und das Oligopol der marktbeherrschenden Ratingagenturen aufbrechen. Demnach dürfen Ratingagenturen, die mehr als 20 Prozent des Marktes beherrschen, keine anderen Marktteilnehmer aufkaufen.

Udo Bullmann: "Derzeit dominieren drei große Agenturen 90 Prozent des Marktes. Dieser Zustand widerspricht der Idee von einem fairen Wettbewerb. Die bestehenden Strukturen müssen dringend reformiert werden."

Auf Vorschlag des sozialdemokratischen Berichterstatters Leonardo Domenici soll ein Rating nicht weiter als Meinung gelten, sondern künftig als Informations-

dienstleistungen definiert sein und klaren Haftungsvorschriften unterliegen. „Ratingagenturen dürfen sich nicht weiterhin aus der Verantwortung stellen können. Wenn Ratings nicht den geforderten Qualitätsansprüchen genügen und zu Fehleinschätzungen führen, müssen schließlich die Verantwortlichen gegebenenfalls auch dafür die Rechnung zahlen“, so Udo Bullmann abschließend. ■

NEUES AUS EUROPA

VERKEHRSSICHERHEIT:

Lebensrettendes Notrufsystem eCall für alle neuen Autos gefordert

Ab dem Jahr 2015 sollen alle neuen Autos in der Lage sein, nach Unfällen automatisch einen Notruf abzusetzen. Das verlangen die Europäischen Abgeordneten des Transport- und des Innenausschusses am 19. Juni in einem gemeinsamen verabschiedeten Bericht.

Nach einem Unfall bedeutet Zeit leben. Können Verletzte schnell versorgt werden, steigen ihre Heilungschancen. Mit

dem eCall-System könnten nach einem Unfall wertvolle Minuten gewonnen werden, hoffen die Abgeordneten.

Wie soll das funktionieren? Ein beschädigtes Auto wählt selbstständig den Notruf, sobald seine Sensoren einen Aufprall registrieren. Durch einen Knopf im Auto kann der Fahrer den Notruf auch manuell auslösen. Der eCall-Service überträgt dann automatisch Ort und Zeit des Un-

falls an die nächste Notrufzentrale.

Derzeit sind lediglich 0,7 % aller PKWs in der EU mit einem automatischen Notrufsystem ausgestattet. Dabei würde die Installation eines eCall-Services in Neuwagen voraussichtlich weniger als 100 Euro kosten. Laut Schätzungen könnten dadurch pro Jahr rund 2500 Leben gerettet werden. ■

ELEKTRONISCHE UNTERSCHRIFTEN:

EU-Kommission strebt europäischen Rechtsrahmen an

Ob die Beteiligung an öffentlichen Aufträgen, die Einschreibung an einer Universität außerhalb des Heimatlandes oder die in einem anderen EU-Staat fällige Steuererklärung – mit einer einheitlichen Regelung für elektronische Unterschriften sowie für die elektronische Identifizierung will die EU-Kommission grenzübergreifende Online-Transaktionen erleichtern. Dabei setzt die Kommission auf das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung.



Es sei nicht beabsichtigt, EU-Standards einzuführen, sagte Constantijn Van Oranje aus dem Kabinett der zuständigen Kommissarin Neelie Kroes.

Aber es soll sichergestellt werden, dass die in den Mitgliedstaaten bestehenden E-ID-Systeme auch grenzübergreifend funktionieren können.

Inzwischen haben alle Mitgliedstaaten Regelungen für E-Signaturen – allerdings eben nicht unbedingt kompatibel. Der Kommission zufolge wurden bislang erst in 16 Staaten, darunter Deutschland, elektronische Identitätskarten eingeführt. Die E-ID-Karten ermöglichen es, sich online auszuweisen, so dass zum Beispiel manche Behördengänge überflüssig werden. ■

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Moritz Kempel

Europabüro

Kelbergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union